

Dokumente des Grauens und ihre rechtlichen Schranken

Wenn es um Berichterstattung geht, sollten wir eher auf den Diskurs setzen

Dokumentationen über die Gräueltaten der Nazis und das Leiden der Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg sind ein wichtiger Bestandteil des Gedenkens, aber auch des Mahnens. Gerade für Jugendliche, die sich heute kaum vorstellen können, dass vor 70 Jahren das Leben in Deutschland von Krieg, Bombenangriffen und weitgehender Rechtlosigkeit von Minderheiten geprägt war, ist dieses Erinnern wichtig. Es macht bewusst, dass die relative Freiheit und Friedfertigkeit unserer heutigen Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit ist, sondern ein unglaubliches Glück, das es zu bewahren gilt. Wir müssen dafür kämpfen, dass staatliche Willkür und Unrechtssysteme in anderen Teilen der Welt möglichst bald ein Ende haben.

Angenehm sind die Bilder von Menschen, die in Viehwaggons zusammengepfertcht in die Gaskammern der Konzentrationslager gebracht wurden, sicher nicht. Das Gleiche gilt für willkürliche Erschießungen aus nichtigen Gründen, für das Gemetzel in zahlreichen Schlachten oder für Vergewaltigungen durch Besatzer. Die Bedeutung des Rechtsstaates erkennt man vor allem dann, wenn man mit den Folgen von Unrechtssystemen konfrontiert wird. Das gilt für die Berichterstattung aus allen Kriegsregionen der Welt ebenso wie für die Dokumentation dunkler Momente der deutschen Geschichte.

Dokumentationen und Berichterstattung lassen uns an Ereignissen teilnehmen, ohne sie selbst erleben zu müssen. Das gilt, wenn auch in etwas anderer Form, ebenso für die Aufarbeitung entsprechender Ereignisse im Spielfilm oder in Fernsehserien. Dabei geht es nicht nur um Information. Die verbal vermittelte Nachricht, dass bei einem terroristischen Anschlag 100 Menschen ums Leben gekommen sind, ist schrecklich, aber angesichts unserer friedlichen Normalität bald vergessen. Die Masse des Leidens bleibt ein herzloser Sachverhalt, wenn es nicht gelingt, Nähe und Mitgefühl für die Opfer zu erzeugen. Das Schicksal eines einzelnen Menschen, den wir kennenlernen und mit dem wir uns über eine Spielfilmlänge identifizieren, macht uns das Ausmaß des Leidens, das Kriege mit sich bringen, oft deutlicher als ein Text aus dem Geschichtsbuch. Bilder entfalten eine stärkere emotionale Kraft, sie erzeugen Empathie, wir fühlen eine Weile so, wie sich das Opfer gefühlt hat.

Auch in der Berichterstattung hat man inzwischen gelernt, dass die Dimension von Kriegen oder Terroranschlägen anhand der Geschichte einzelner Opfer über den Informationswert hinaus eine emotionale Wirkung erzeugt. Allerdings macht es die zunehmende Menge solch emotionalisierender Darstellungen uns, den Zuschauern, immer schwerer, sie zu verkraften. Wir wollen helfen und eingreifen, aber wir erfahren auch, dass weder politisches Gewicht und wirtschaftliche Stärke noch die öffentliche Empörung etwas ausrichten können. Dass unsere Bevölkerung durchaus empathiefähig und hilfsbereit, keineswegs aber abgestumpft und gleichgültig ist, zeigt die hohe Spendenbereitschaft, die vor allem nach erschütternden Fernsehberichten auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten besteht. Die Hoffnung jedoch, in Krisengebieten verfeindete Parteien durch militärische Intervention befrieden zu können, ist spätestens nach den Kriegen in Afghanistan und im Irak dahin. Grund dafür sind nicht nur die eigenen Opfer, sondern der Zweifel, dass hochgerüstete Streitkräfte asymmetrische Kriege beenden können.

Wie detailliert und ausführlich über diese Ereignisse berichtet werden soll, darüber muss zwischen den Medien und der Aufsicht, aber auch innerhalb der Gesellschaft gestritten werden. Die Zuschauer, vor allem die Kinder, können sicher nicht alles verarbeiten und ertragen, was man theoretisch zeigen könnte. Gerade im Bereich des Fernsehens, dessen Nachrichten die Menschen oft unvorbereitet erreichen, ist eine sorgfältige Auswahl und ein hohes Maß an Sensibilität angebracht. Aber Beanstandungen oder gerichtliche Verbote können nur in eindeutigen Verstößen gegen ethische Regeln weiterhelfen. Gefordert ist ein professioneller Diskurs. Das Schlimmste wäre eine Verunsicherung der Redaktionen, die dann aus Angst vor rechtlichen Konsequenzen die Berichterstattung auf das vermeintlich Erträgliche reduzieren würden. Denn was bleibt dem, der sich für die Menschenwürde und Menschenrechte einsetzt, als deren Verletzung darzustellen und anzuprangern!

Ihr Joachim von Gottberg

